

Bericht aus der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 08. November 2004

Vor drei Zuhörern, dem Pressevertreter sowie dem fast vollzähligen Gemeinderat konnte Bürgermeister Schellenberg die letzte öffentliche Gemeinderatssitzung eröffnen. Schwerpunkte der Sitzung waren Informationen zu Änderungen der Stadtbuslinie sowie die Vorstellung der Entwurfsplanung für das Bebauungsplanverfahren „Riedenstall II“. Gemeinderat Rainer Schmid war beruflich verhindert.

1. Information durch das Nahverkehrsamt zu anstehenden Veränderungen der Stadtbuslinie

Wie in der Tagespresse bereits zu lesen war, stehen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auch beim Stadtbus-System verschiedene Veränderungen an. Neben einer besseren Vernetzung und der Einführung eines sog. „Rendezvous-Systems“ sollen u.a. auch das TuWass, das Schulzentrum, Gewerbegebiete sowie die Kreisklinik besser an den Stadtverkehr angebunden werden. Dies hat auch Auswirkungen auf die Linienführung der Buslinie Tuttlingen- Wurmlingen- Tuttlingen.

Nachdem diese Veränderungen bereits im Stadtrat der Stadt Tuttlingen beraten wurden, hat die Gemeindeverwaltung nun auch das Nahverkehrsamt des Landratsamtes eingeladen, um auch das Wurmlinger Gremium über die aktuell vorgesehenen Änderungen zu informieren. Hierzu konnte der Bürgermeister deshalb den Leiter des Nahverkehrsamtes, Herrn Klaus Storz, sowie dessen Mitarbeiter und Verkehrsplaner Ralf Kreuzer begrüßen. Nachdem erste technische Probleme einer Power-Point-Präsentation überwunden waren, informierten die beiden zunächst eher allgemein über das riesige ÖPNV- Projekt des Ringzuges und der gleichzeitigen Umstellung auf ein völlig neues Tarifsystem im Verkehrsverbund. Nach zugegebenermaßen ersten Anlaufproblemen, die sich in erster Linie durch die Verzögerungen seitens der Deutschen Bahn AG und der nicht fristgerechten Fertigstellung einiger Haltepunkte ergeben hätten, würde der Ringzug mittlerweile nicht nur recht gut laufen, sondern auch sehr gut angenommen und von denjenigen, die ihn benutzten, auch äußerst positiv bewertet.

An dieses Ringzug-System sollen nun auch die verschiedenen Linien des Stadtbusses optimal angepasst werden. Ziel sei dabei, noch mehr Individualverkehr, insbesondere den Berufsverkehr, auf den ÖPNV zu bringen sowie die verschiedenen Stadtbuslinien flexibler miteinander zu verknüpfen und kürzer zu vernetzen. Dabei sollen sich alle Linien zeitgleich zum „Rendezvous“ am zentralen Omnibusbahnhof in Tuttlingen treffen, um dann dort sämtliche Umsteigemöglichkeiten nutzen und so wieder sternförmig in alle anderen Richtungen weiter fahren zu können.

Änderungen ergeben sich auf diesen Hintergründen auch für die Stadtbuslinie Tuttlingen-Wurmlingen-Tuttlingen (Linie 8). Zumal der Ringzug bereits die Bereiche BBT und Bahnhof erschließt, soll nicht noch parallel dazu eine Buslinie geführt werden. Die Linie 8 soll deshalb ab der Kreuzung Stuttgarter Straße / B 14 künftig weiter über die Stuttgarter Straße stadteinwärts geführt werden. Dabei sollen die bereits bestehende Bushaltestelle an den Tuttlinger Gymnasien genutzt und am TuWass sowie am Rathaussteg neue Haltestellen eingerichtet werden. Weiter fährt der Bus dann über die große Bruck an's Runde Eck und schließlich zum zentralen Omnibusbahnhof. Von dort fährt er durchs Stadtgebiet weiter bis zur Kreisklinik. An der stündlichen Anbindung und Vernetzung ändert sich dabei nichts. Somit hat Wurmlingen künftig jede Stunde eine direkte Verbindung zur Kreisklinik und zurück. Darüber hinaus wird die

Vertaktung zu den Ringzugabfahrtszeiten zeitlich versetzt. So fährt der Stadtbus z.B. heute ab dem Rathaus jeweils ab Minute 48, der Ringzug ab dem Haltepunkt Mitte jeweils zur Minute 50. Diese wenig sinnvolle Parallelverbindung wird durch die neue Konzeption künftig so sein, dass der Bus ab dem Rathaus jeweils zur Minute 33 und der Ringzug jeweils zur Minute 51 abfährt. Somit hat Wurmlingen nun zweimal in der Stunde eine sinnvolle Verbindung nach Tuttlingen und damit eine doppelte Verfügbarkeit.

Insgesamt, so war man sich schließlich in der gemeinsamen Diskussion einig, wird die Änderung der Linienführung beim einen oder anderen sicherlich gewisse Einschränkungen oder Umstellungen bedeuten, andererseits kann die Stadt aber auch von der Stuttgarter Straße aus ebenso gut erschlossen werden und darüber hinaus wird zusammen mit dem Ringzug eine sehr hohe Verfügbarkeit von Verbindungen von und nach Tuttlingen ermöglicht. So sieht der Fahrplan 2005 an Schultagen beispielsweise 48 Verbindungen nach Tuttlingen und 51 Verbindungen von Tuttlingen vor. Dabei ist die erste Fahrt nach Tuttlingen bereits um 5.43 Uhr möglich. Die letzte Fahrt nach Wurmlingen geht aus der Stadt nach Wurmlingen von Montag bis Freitag um 23.02 Uhr und am Samstag sogar um 0.32 Uhr.

Schließlich wurde auch die Gelegenheit genutzt, die Thematik Öffentlicher Personennahverkehr sowie die Einrichtung von Bushaltestellen etwas allgemeiner zu diskutieren. Bezogen auf Wurmlingen ergab sich in diesem Zusammenhang auch nochmals die Nachfrage einer besseren Anbindung an der Linie Tuttlingen-Trossingen im Bezug auf die doch weit entfernte Haltestelle an der K 5920. Hier konnte das Nahverkehrsamt jedoch keine Veränderungen in Aussicht stellen. Zum einen würde die Linie in den sogenannten Tagesrandzeiten, d.h. früh morgens und spät abends, schon jetzt über Wurmlingen geführt. Zum anderen sei Wurmlingen tagsüber mit einem ½-stündigen Takt bestens an Tuttlingen angebunden. Eine Linienführung der Baar-Linie über Wurmlingen würde deshalb diese Verbindung unnötig verlängern und somit für viele anderen Nutzer deutlich unattraktiver machen.

Darüber hinaus wurde bedauert, dass die Inhaber der Bahn-Card im Tarifverbund TUT-Ticket keine Vergünstigungen hätten. Dies wurde von Herrn Storz bestätigt und ebenfalls bedauert. Derzeit stehe der Landkreis zwar in Verbindungen mit der Deutschen Bahn AG, da es hier jedoch um Kostenbeteiligungsbeträge der Bahn gehe, würde sich eine Lösung aber mit Sicherheit noch hinziehen.

Mit einem Dank an die beiden Nahverkehrsplaner nahm der Gemeinderat schließlich diese interessanten Informationen zur Kenntnis.

2. Vorstellung der Entwurfsplanung im Bebauungsplanverfahren „Riedenstall II“

Der Gemeinderat hat für das Gebiet „Riedenstall“ noch vor den Sommerferien den Aufstellungsbeschluss gefasst, und beabsichtigt in diesem Gebiet ein allgemeines Wohngebiet auszuweisen. Gleichzeitig wurden die Städteplaner Rädle und Wassmann, Ravensburg mit der Erarbeitung des Bebauungsplans, sowie das Büro 365°, Überlingen, mit der Grünordnungsplanung und der damit verbundenen Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung beauftragt.

Zwischenzeitlich liegen die ersten Entwürfe dieses Bebauungsplanverfahrens vor. Der Technische Ausschuss hat sich bereits in seiner letzten Sitzung mit diesem Bebau-

ungsplanverfahren befasst und sich dabei einstimmig für die Variante mit der besseren verkehrlichen Erschließung insbesondere den Wendepunkten ausgesprochen.

Der Bebauungsplanentwurf wurde dem Gemeinderat nun in der Sitzung durch Stadtplaner Rainer Wassmann vorgestellt. Frau Bernadette Siemensmeyer vom Büro 365° erläuterte die erforderlichen Schritte hinsichtlich der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung sowie der erforderlichen Grünordnungsplanung. Beide wurden von Bürgermeister Schellenberg in dieser Runde herzlich willkommen geheißen.

Zunächst gab Frau Siemensmeyer nähere Informationen zur zugrundeliegenden Bestandsaufnahme sowie den Rahmenbedingungen ihrer Grünordnungsplanung. Leitbild sei dabei zum einen, die zahlreichen Wegeverbindungen in die freie Landschaft sowie die fußläufige Querverbindung auch ins neue Plangebiet zu übernehmen. Zum anderen soll auf der Achse des Riedenstallfeldweges die Öffnung in die Landschaft auch mit einer trichterförmigen Abgrenzung und Eingrünung erhalten und unterstrichen werden. Dies nicht nur um die Blickbeziehung in die Landschaft zu erhalten, sondern auch um eine Kälteabfluss aus dem Seltal und damit einen Luftaustausch im Ort zu ermöglichen.

Von Herrn Wassmann wurden dann die städtebaulichen Überlegungen und das Rahmenkonzept erläutert. Dieses ist quasi an das Konzept des bestehenden Baugebietes „Weilenweg“ angelehnt. D.h. die Verkehrsführung der Straße „Beim Holderstöckle“ wird aufgenommen und als Sammelstraße über eine weitere Straße ähnlich des jetzigen Etterweges bis auf den Riedenstallweg bzw. die Seitinger Straße geführt. Diese beiden Straßen sind über einen zentralen Platz miteinander verbunden, der bei entsprechender Begrünung und Möblierung eine schöne Kommunikationsfläche in diesem Gebiet werden könnte. Zumal sich auch das Konzept der von hier abgehenden Wohnstraßen mit Wendepunkten bewährt hat und von den Anwohnern sehr positiv bewertet wird, sollen diese im gleichen System fortgeführt werden. Wie im bisherigen Neubaugebiet sollen die Straßen in einer Breite von 5,50 m ausgebaut werden, in der Haupteinfahrtsstraße ergänzt um einen Grün- oder Parkstreifen mit dahinterliegendem Gehweg. Der nicht überbaubare Bereich im Schutzstreifen der 110 KV-Leitung soll als Grünzug mit einer Verlängerung des Fußweges fortgeführt werden. In diesem Bereich soll auch die Retentionsfläche angelegt werden, in die die mittlerweile gesetzlich vorgegebene und getrennte Regenwasserführung entwässern und das Oberflächenwasser dort versickern soll.

In einem letzten Schritt erläuterte Frau Siemensmeyer schließlich noch die Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung sowie die Grünplanung im Gebiet. Durch die Bebauung dieses Gebietes ergeben sich auf den Naturhaushalt sowie das Landschaftsbild bestimmte Veränderungen und Beeinträchtigungen. Hierfür gilt eine gesetzliche Ausgleichspflicht. D.h. der sich durch die Bebauung ergebende Eingriff in die Natur muss zum einen bilanziert und in gleichem Wert entweder im Gebiet oder durch andere Maßnahmen ausgeglichen werden. Die Grünordnungsplanung versucht deshalb, einen möglichst großen Anteil innerhalb des Plangebietes wieder aufzufangen. Erreicht werden soll dies durch eine entsprechende Eingrünung des Baugebietes sowohl gegenüber der freien Landschaft als auch der bestehenden östlichen Bebauung. Ein interessantes Potential hierfür bietet auch der Grünzug im Schutzstreifen der 110 KV-Leitung. Kleinere Pflanzgebote und die punktuelle Anordnung von Bäumen sollen dies ergänzen. Dennoch, so die Bilanz, reichen diese Maßnahmen innerhalb des Gebietes nicht zum Ausgleich. Bei einer überplanten Fläche von rd. 5,7 ha ergibt sich bei der beab-

sichtigten Bebauung eine Gesamtversiegelung von rd. 2 ha. Gebietsintern lassen sich mit den genannten Maßnahmen ca. 0,5 – 0,7 ha kompensieren. Somit verbleiben 1,2 – 1,5 ha, die mit externen Maßnahmen wie z.B. Renaturierungsmaßnahmen an Faulenbach oder dem Bärengraben, der Schaffung neuer oder der qualitativen Aufwertung bestehender Biotope o.ä. ausgeglichen werden müssen. Entscheidungen hierzu stehen jedoch erst nach weiteren Beratungen und in anderem Zusammenhang an.

Mit diesen Informationen wurde die vorgestellte Entwurfsplanung dann im Gremium ausführlich und detailliert diskutiert und vertieft. Diskussionspunkte waren dabei u.a. die Verkehrsführung und die Straßenbreiten, der Landschaftsverbrauch und die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen aber auch schon konkretere Bebauungsplanregelungen wie Stellplatzfragen oder die Begrenzung auf eine Höchstzahl an Wohneinheiten. Aber auch generelle Fragen wie die Gewährleistung einer zügigen Bebauung und Vermeidung von Baulücken wurden angeschnitten. Schließlich wurde nochmals darauf hingewiesen, dass man sich derzeit erst im Entwurfsstadium befindet und nähere Details erst noch einzuarbeiten sind. Selbstverständlich wurden aber auch die hier nun angesprochenen und angeregten Verbesserungen und Änderungen von den Planern zur Einarbeitung aufgegriffen. Ansonsten, und so hat der Gemeinderat abschließend bei zwei Enthaltungen beschlossen, wurde die Verwaltung beauftragt, auf der Grundlage dieses vorgestellten Entwurfes das Bebauungsplanverfahren weiter zu bearbeiten, die frühzeitige Bürgerbeteiligung durchzuführen und die Träger öffentlicher Belange anzuhören. Mit den sich hieraus ergebenden weiteren Anregungen und Ergänzungen wird sich der Gemeinderat dann in weiteren Beratungen befassen und die konkreten Bebauungsvorschriften festlegen müssen.

3. Durchführung eines Seniorennachmittages

Auch in diesem Jahr möchte die Gemeinde den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern einen Seniorennachmittag anbieten. Als Termin ist Sonntag, der 12. Dezember 2004 vorgesehen. Dies wurde vom Gemeinderat begrüßt und deshalb ohne große Diskussion einstimmig beschlossen, den Seniorennachmittag auch im bisherigen Rahmen durchzuführen. Danach erhalten die Senioren wieder einen Essensgutschein sowie Verzehrgutscheine im Wert von 4,00 €. Die Aktiven der am Programm teilnehmenden Vereine erhalten ebenfalls einen Verzehrgutschein im Wert von 4,00 €. Das Programm für diesen Nachmittag wird zur Zeit von der Verwaltung zusammengestellt.

4. Stellungnahme zu Baugesuchen

Dem Gemeinderat lagen folgende zwei kleineren Baugesuche zur Stellungnahme vor, denen jeweils einstimmig das gemeindliche Einvernehmen erteilt wurde:

- ? Errichtung einer Garage mit Carport auf dem Grundstück Schloßstraße 44
- ? Anbau eines Carports an das Wohngebäude Zeppelinstraße 10

5. Verschiedenes

Bürgermeister Schellenberg erinnerte an die bevorstehende Waldbegehung am kommenden Freitag sowie die öffentliche Sitzung im Sitzungssaal des Rathauses mit der Vorstellung der örtlichen Zwischenprüfung des 10-jährigen Forsteinrichtungswerkes sowie der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2005 für den Gemeindewald.

Außerdem gab er eine Einladung des Kleintierzuchtvereins zur örtlichen Lokalschau am 20. und 21. 11. 2004 weiter.

6. Anfragen

Friedhofsmauer

Verschiedene Anfragen und Hinweise ergaben sich aus dem Gremium zum Friedhof. Zum einen wurde auf den Zustand der Gedenktafel an die Kriegsgefallenen an der Friedhofsmauer hingewiesen. Diese Sandsteintafel zeige mittlerweile an vielen Stellen Auflösungserscheinungen. Bürgermeister Schellenberg will deshalb zusammen mit einem Steinmetz prüfen, ob und welche Möglichkeiten hier für einen dauerhaften Erhalt bestehen.

Außerdem wurden die neuerlichen Ausblühungen und Schäden an der erst vor wenigen Jahren neu verputzten Friedhofsmauer zur Oberen Hauptstraße hin angesprochen. Diese, so der Bürgermeister, seien bekannt und in der Tat unbefriedigend. Teilweise könnten diese Abplatzungen, wie übrigens auch am Sockel des Rathaus, auf aufsteigende Feuchtigkeit zurückgeführt werden. Die Verfärbungen auf der Innenseite der Mauer würden von ablaufendem oder abtropfendem Wasser der Ziegelabdeckung herühren. Vorgesehen sei, sich die Mauer einmal im Technischen Ausschuss anzusehen und übers Winterhalbjahr zu überlegen, welche Maßnahmen im Frühjahr ergriffen werden sollen.

Schließlich galt noch ein Hinweis einer Bodenabsenkung im Bereich der alten Friedhofsmauer.

Geschwindigkeit im Etterweg

Ein weiteres Mal wurde auf zu schnelles Fahren im Gemeindegebiet hingewiesen. Angesprochen wurde heuer der Kurvenbereich der Einmündung Etterweg/Holderstöckle. Auch hier soll deshalb einmal die mobile Geschwindigkeitsanzeige aufgestellt und die Messergebnisse ausgewertet werden. Insgesamt, so auch Bürgermeister Schellenberg einmal mehr mit seinem Appell und Hinweis, liege aber auch dieses gesamte Wohngebiet - wie schon viele andere Bereiche - innerhalb einer Zone 30. Leider würden diese nicht wie gewünscht und in den allermeisten Fällen am wenigsten von denjenigen beachtet werden, die selbst in diesen Gebieten wohnten.

Beschattungen auf den Spielplätzen Karlstraße und Weilenweg

Hingewiesen wurde schließlich darauf, dass die insbesondere für die Kleinkinderbereiche aufgestellten Überdachungen bzw. Beschattungen schon seit längerem kaputt seien.

Dies wurde vom Bürgermeister bestätigt. Mit großer Verärgerung müsse leider immer wieder festgestellt werden, dass solche Spielplatzeinrichtungen mutwillig beschädigt werden und dem Vandalismus zum Opfer fielen. Gerade dieses Schilfmatten seien schon mehrfach beschädigt und zuletzt sogar abgebrannt worden. Für die neue Saison überlege man sich deshalb eine hoffentlich etwas dauerhaftere Lösung.

Mit einem Dank an die recht lange aushaltenden Zuhörer konnte der Vorsitzende dann kurz vor 22.00 Uhr die öffentliche Sitzung schließen und noch zu einer kurzen nichtöffentlichen Beratung überleiten.